



Es gab Reibungsverluste in den Meldketten

Regierungserklärung zum Hochwasserschutz/Gemeinsamer Antrag der Fraktionen

In der jetzt stattfindenden Juni-Landtagssitzung gibt die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zu den Konsequenzen aus der Flutkatastrophe für den Hochwasserschutz eine Regierungserklärung im Landtag. Dazu liegt ein gemeinsamer Antrag aller fünf Landtagsfraktionen vor, der aus einer Initiative der LINKEN erwachsen ist.

Neben einem Dank des Landtags an alle Einsatzkräfte und freiwilligen Helfer „für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre aufopferungsvollen Leistungen“, wird die Landesregierung um Berichterstattung gebeten: Welche Schäden wurden verursacht? Wie haben sich die Abläufe im Hochwasserfall bewährt und welche Probleme gab es? Wie hoch sind die jährlichen Investitionen für den Hochwasserschutz? Das sind nur einige Fragen, auf die die Landtagsfraktionen Antworten erwarten.

Zuständigkeitswirrwarr darf so nicht weitergehen

Vor allem aber geht es jetzt um zügige Konsequenzen. Sie betreffen in erster Linie die finanziellen Hilfen, aber ebenso die Schlussfolgerungen für den Hochwasserschutz und die Beseitigung der Schwachstellen. Auch über das Funktionieren der Informations- und Meldewege wird zu reden sein, über Zuständigkeiten und Risikomanagement.

Dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Bodo Ramelow, liegt besonders am Herzen, dass „das Zuständigkeitswirrwarr beim Hochwasser- und Helfermanagement so nicht weitergehen darf; der Föderalismus mit 16 verschiedenen Katastrophenschutzplanungen und entsprechenden Wasserrichtlinien scheint mir kein tragfähiger Weg zu sein“, betonte der LINKE Politiker.

Thüringer Talsperren mit Sicherheitsrisiken

Nachdem der Thüringer Umweltminister bereits am 11. Juni konkrete Zahlen über die Aufstockung von Investitionen in den Hochwasserschutz genannt hatte, hatte der Umweltpolitiker der Linksfraktion, Tilo Kummer, betont: Zu einer Zeit, wo das Hochwasser noch nicht ganz abgeflissen ist, kann man nicht ernsthaft prognostizieren, welche Schäden es an Gewässern und Hochwasserschutzanlagen angerichtet hat, geschweige denn, welche ergänzenden Maßnahmen erforderlich sind. Um diese Zahlen in absehbarer Zeit zu liefern, müsste nach Tilo Kummers Überzeugung die in den letzten Jahren massiv zusammengestrichene Umweltverwaltung zuerst personelle Unterstützung erfahren. Mehr Personal wäre auch für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen erforderlich.

Der Abgeordnete stellte außerdem fest, dass die benannten zehn Millionen Euro schon nach vorliegenden Er-

kenntnissen nicht ausreichend sein können, um z.B. massive Sicherheitsdefizite an Thüringer Talsperren zu beseitigen. „So gibt es seit Jahren eine Gefahrenabwehranordnung an der Talsperre Weida wegen der mangelhaften Standfestigkeit des Dammes. An der Talsperre Zeulenroda ist der Überlauf defekt und seine Sanierung wird seit vielen Jahren aufgeschoben. Hätte die Weida ein Hochwasser ähnlich dem in Göbnitz geführt, wären diese Talsperren zu einem massiven Sicherheitsrisiko geworden“, sagte Tilo Kummer.

Auch viele kleine Talsperren seien in einem unzureichenden Zustand. Diese aus Geldknappheit immer wieder hinausgezögerten Maßnahmen „dulden keinen längeren Aufschub“. Auch die nach dem Jahr 2002 in Ostthüringen als notwendig erachteten und bisher nicht umgesetzten Hochwasserschutzmaßnahmen „müssen endlich realisiert werden“, forderte der Abgeordnete. Tilo Kummer schug einen unabhängigen Expertenbericht zu den behördlichen Abläufen während des Hochwassers vor. Dazu sollte man sich an den Bericht der unabhängigen Kommission der Sächsischen Staatsregierung zur Flutkatastrophe 2002 orientieren.

Nach Überzeugung des Umweltpolitikers gab es Reibungsverluste in den Meldketten sowie zwischen den agierenden Behörden. Nach der Auflösung der staatlichen Umweltämter seien die Strukturen offensichtlich noch nicht wieder voll funktionsfähig geordnet.

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Partnerinnen

Wir gratulieren dem Landesfrauenrat ganz herzlich zu seinem 20-jährigen Jubiläum. Bei der Festveranstaltung in der Staatskanzlei in Erfurt am 13. Juni konnte ich aus diesem Anlass und als Dank für die engagierte Arbeit der Frauen einen Scheck unseres LINKE-Landtagsabgeordnetenvereins „Alternative 54“ überreichen. Mit diesem Zeichen des Respekts habe ich unsere weitere politische Unterstützung zugesichert.

Dies ist umso wichtiger, da kontinuierliche Frauenarbeit in Thüringen immer wieder vor Förderproblemen und Geldnöten steht. Daher ist es besonders erfreulich, dass sich die Frauen des Thüringer Landesfrauenrats durch alle Schwierigkeiten und Existenznöte hindurchgearbeitet haben und heute respektierte Partnerinnen der Landespolitik sind.

Trotzdem oder gerade deshalb ist es wichtig, von der Landesregierung eine dauerhafte auskömmliche Finanzierung des Frauenrates zu fordern – eine Finanzierung, die für die Betroffenen das jährliche Bangen um die weitere Existenz überflüssig macht. Die Fraktion DIE LINKE sowie das linke Weibernetz, das sich zu einem LINKE-Frauen Netzwerk weiterentwickelt hat, begleiten den Frauenrat seit Jahren.

Ob es um den Kampf gegen häusliche Gewalt, um die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes, um Frauen auf dem Arbeitsmarkt oder die gerechte Besetzung von Gremien geht: DIE LINKE arbeitet im und mit dem Landesfrauenrat kontinuierlich zusammen.

Auch weiterhin wird es viel zu tun geben, da bin ich mir sicher. Frauenfeindliche Werbung auf öffentlichen Plätzen, fehlende Chancen für Alleinerziehende, die Situation der Gleichstellungsbeauftragten, die Bekämpfung von Gewalt oder die Repräsentanz von Frauen in Gremien beschäftigen die Frauenpolitik auch weiterhin.

Nach wie vor gibt es viel zu wenig weibliche Führungskräfte im Landesdienst. Und nach wie vor sind die Frauen in der Thüringer Landesmedienanstalt völlig unterrepräsentiert. Anstatt eines 20-prozentigen Trostpflasters fordern wir als LINKE die paritätische Beteiligung von Frauen und Männern.

Um solche Forderungen auf der Agenda zu halten, werden neben den Politikerinnen auch die Frauen im Landesfrauenrat gebraucht.

AKTUELL

Demokratiepreis als deutliches Signal

Für die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hatte deren Vorsitzender, Bodo Ramelow, die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises an den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König durch die Thüringer Sozialministerin in Kahla am 15. Juni begrüßt. Die Ehrung fand auf der dort eigens eingerichteten „Meile der Demokratie“ statt, die Bestandteil der Anti-Nazi-Proteste des Bündnisses gegen Rechtsextremismus war.

Die Verleihung des Hauptpreises an Lothar König nannte der LINKE Politiker „eine mutige und vor allem auch richtige Entscheidung“. Die Würdigung des jahrelangen Engagements des Jenaer Jugendpfarrers gegen Neonazismus und Rassismus „ist gleichzeitig auch ein Signal gegen

Versuche wie in Sachsen, dieses Engagement zu kriminalisieren“, so Bodo Ramelow, der besonders auf den Ort der Preisverleihung hinwies, „denn auch damit setzt man in Kahla ein Zeichen, sich aktiv Rechtsextremismus in den Weg zu stellen. Die Preisverleihung ist in erster Linie eine Würdigung des Engagements Lothar Königs in Jena mit jungen Menschen seit vielen Jahren“.

Die Arbeit der Jenaer Jungen Gemeinde Stadtmitte war und ist davon geprägt, junge Menschen zu sensibilisieren, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren und für ihre Interessen selbst einzutreten. „Dieses Engagement ist untrennbar mit Lothar König verbunden und macht ihn zu einem würdigen Preisträger eines Preises für Demokratie“, sagte der LINKE Politiker. Der Geehrte

hatte in Kahla an alle erinnert, die im Kampf gegen Rechtsextremismus aufgegriffen worden seien.

Daran hatte auch die LINKE angeknüpft und den Preis ein deutliches Signal genannt, zivilgesellschaftlichem Protest den Rücken zu stärken und diesen vor ungerechtfertigter Verfolgung zu schützen. Mit Blick auf den bisherigen Prozessverlauf in Dresden habe es sich gezeigt, dass die durch die sächsische Justiz erhobenen Vorwürfe gegen Lothar König konstruiert und durch abgestimmte und zum Teil wahrheitswidrige Aussagen von Polizeibeamten ange-reichert wurden, während entlastende und die Vorwürfe widerlegende Ermittlungsergebnisse nicht in das Verfahren durch die Staatsanwaltschaft einge-führt wurden.